

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Neue Verzögerung des Wohnungsbaus

### Magistratsentscheid zum Angebot der „Bewoag“.

Der Magistrat hat sich in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung mit dem Angebot der Vereinigten Bauunternehmer Philipp Holzmann A.-G., Berlinische Bodengesellschaft, Allgemeine Baugesellschaft Lenz u. Co., Richter u. Schädel, Allgemeine Häuserbau-A.G. sowie Deutsche Bauhütte G. m. b. H. und Bauhütte Berlin G. m. b. H. an Stelle der durch die getroffenen Vereinbarungen ausgeschiedenen „Gehag“ (Gemeinnützigen Heimstätten-, Spar- und Bau-A.G.), beschäftigt, die sich zu einer Gesellschaft „Bewoag“ (Berliner Wohnungsbau A.-G.) zusammenzuschließen beabsichtigen.

Der Magistrat konnte sich nicht entschließen, den von der „Bewoag“ vorgelegten Verträgen zuzustimmen. Abgesehen von schwerwiegenden sonstigen Bedenken muß die Frage gelöst werden, ob die Firmen in der Lage sein würden, die für den Wohnungsbau notwendige Auslandsanleihe zu beschaffen.

Der Magistrat meint, daß dies ohne Zustimmung der Beratungsstelle kaum möglich sein dürfte und daß diese Frage, bevor weitere Beschlässe gefaßt werden, zu klären sei. Der Magistrat steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß auch andere Firmen zuzuziehen sind. Nach Klärung der Frage durch die Beratungsstelle werden die städtischen Körperschaften dazu Stellung nehmen, ob der Wohnungsbau durch eine Generalunternehmergesellschaft oder auf andere Weise zur Ausführung zu bringen ist.

Die unliebsame Verzögerung, die die Ausführung des Bauprogrammes durch den neuen Schritt des Magistrats erfährt, erklärt sich aus den unleidlichen Verhältnissen in der Kontrolle des deutschen Kapitalmarktes. Die Anleiheberatungsstelle des Reiches muß zu den Finanzprojekten der Gemeinden ihre Zustimmung geben, wenn das Auslandsgeld frei von der Kapitalertragssteuer nach Deutschland kommen soll. Dieser Zustimmung ist man nach den bisherigen Erfahrungen durchaus nicht sicher. Bleibt sie aus, so verteuert sich das Baukapital für die vorgesehenen Arbeiten, und damit wird auch die Kalkulationsbasis des dem Magistrat vorliegenden Angebots verschoben. Unter diesen Umständen wurde es notwendig, die Meinung der Anleiheberatungsstelle vorher einzuholen, ehe sich die Stadt dem Risiko einer nachträglichen Verteuerung des großzügigen Bauprogrammes aussetzt.

Im Interesse der Wohnungsuchenden und auch der Bauarbeiter, denen die Durchführung der Bauten eine erhöhte Beschäftigung gewährleistet, ist zu wünschen, daß die Zwischenzeit dazu ausgenutzt wird, um alle Einzelheiten über die Ausführung der Baupläne soweit zu fördern, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung nur noch die letzte Entscheidung über das dann vollkommen fertige Projekt zu treffen haben, und daß inzwischen auch die Reinigungsverschiedenheiten beseitigt werden, die in der letzten Zeit Anlaß zu Erörterungen in einem Teil der Presse gewesen sind.

## Lohnbewegung der Gemeindearbeiter.

### 10 Pfennig Zulage gefordert.

Die Verwaltungskörperschaften der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die sich im Monat August und zuletzt Anfang September mit der steigenden Teuerung befaßten, beschloßen, mit Rücksicht auf diese Teuerung trotz der noch gültigen Lohnvereinbarungen an den Magistrat und an die städtischen Körperschaften wegen einer Neuregelung der Lohnskala heranzutreten.

Die Ortsverwaltung, gemeinsam mit den Tarifkommissionen der städtischen und der in den städtischen Gesellschaften beschäftigten Arbeiter haben nunmehr gestern zu diesen Beschlüssen und zu den Anträgen aus den Betrieben Stellung genommen. Auf Grund der in den letzten Monaten eingetretenen wesentlichen Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung, die besonders in Berlin stark in Erscheinung tritt, kamen die Ortsverwaltung und die zuständigen Tarifkommissionen einmütig zu der Auffassung, daß die Voraussetzungen, die bei Abschluß der Lohnskala im April dieses Jahres bestanden, heute nicht mehr zutreffen. Es wurde beschlossen, dem Magistrat und den Aktiengesellschaften den Antrag zu unterbreiten, die zurzeit bestehenden Lohnsätze, und zwar mit Wirkung vom 1. September 1927, um 10 Pf. pro Stunde in allen Gruppen zu erhöhen.

In einer Mitteilung der „Rosen Fahne“ über die Beschlüsse der Tarifkommissionen wird von einem Antrag auf Beseitigung der Lohnklasse I und Forderung einer neuen Lohnklasse gesprochen. Eine derartige Forderung ist weder verhandelt noch beschlossen worden.

## „Gewohnheitsverbrecher.“

### Gefährliche Bestimmungen im Strafgesetzbuch.

Ein bekannter Jurist schreibt uns:

Die neuesten statistischen Ergebnisse über die Kriminalität im Deutschen Reich sind eine alte und immer wieder neue Anklage gegen Staat und Gesellschaft von erdrückender Schwere und eindringlichster Sprache. Im Jahre 1924 haben die deutschen Gerichte 420 128 Personen (unter insgesamt 696 686 Verurteilten) wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen verurteilt, davon 224 500 wegen Diebstahls. Im folgenden Jahre 1925 sind diese Zahlen auf 225 320 Verurteilte bzw. 112 596 Verurteilte wegen Diebstahls gestiegen, also fast genau um die Hälfte. Wer es noch nicht wußte oder nicht glauben wollte, dem schreien diese Zahlen ins Ohr, daß die wirtschaftliche Lage unseres Volks, seine Erwerbs- und Einkommensverhältnisse die ganz überwiegende Ursache der Kriminalität sind. Die Zahlen gewinnen dadurch noch an überzeugender Kraft, daß in dem gleichen Zeitraum 1924 und 1925 die übrigen Verbrechen und Vergehen im wesentlichen an Zahl gleich geblieben sind. Die Verbrechen und Vergehen gegen Staat und öffentliche Ordnung erreichten die Zahl von 158 924 im Jahre 1924, gegen 152 989 i. J. 1925 und die Verbrechen gegen die Person die Zahl von 115 016 i. J. 1924 gegen 101 437 i. J. 1925.

Die Zahlen finden ihre Ergänzung in den alltäglichen Beobachtungen in unseren Gerichtssälen, die immer wieder neu beweisen, wie ein erster Verstoß gegen das Strafrecht den zweiten und dritten Verstoß nach sich zieht, weil die Gesellschaft dem oft ohne eigene Schuld an Körper und Gesundheit Geschwächten, der die geeignete Arbeit nicht findet oder sich in ihr nicht halten kann, dem ohne eigene Schuld geistig Minderwertigen und den vielen Willensschwachen nicht hilfreich die Hand reicht, sondern ihn, der einmal gestraucht ist, von sich stößt hinab in die Tiefe, hinein in die Tiefe, hinein in das Dunkel der Gefängnismauern.

Ein menschlich denkender Berliner Gefängnisgeistlicher Dr. Klatt ruft aus der Fülle seiner Erfahrungen um Hilfe in seiner Schrift „Das Los der Vorbestraften“, und über die Lichtspielbühne gehen gerade jetzt in Berlin abendlich die erschütternden Bilder vom Schicksal der „Vorbestraften“ und rufen hinaus: „Gebt uns Arbeit, treibt uns nicht zurück in das Gefängnis!“

Demgegenüber zeugt der Entwurf des Strafgesetzbuchs, den der Reichstag in wenigen Tagen in Beratung nimmt, von geistiger Armut und erschreckendem sozialen Unverständnis. Sind schon die geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über den rückfälligen Gefesebrecher so hart und streng, daß sie oft durch Gnade gemildert werden müssen, so will das künftige Recht dem Richter ganz außerordentliche Vollmachten geben und die Möglichkeit gewähren, den nur zweimal Bestraften bei einer dritten Bestrafung zu einem für die öffentliche Sicherheit gefährlichen Gewohnheitsverbrecher zu stemplein und durch Anordnung der Sicherungsverwahrung für die Gesellschaft dauernd „unschädlich“ zu machen.

Auch wir wissen, daß es Gemeinschädlinge gibt, deren asoziale Triebe auch durch soziale Hilfe nicht erfolgreich bekämpft werden können. Die Masse unserer Rückfälligen besteht jedoch aus Menschen, die durch Natur oder soziale Verhältnisse benachteiligt, auf sich gestellt im Lebenskampf sich nicht behaupten konnten. Wo in aller Welt ist nun bisher der ernsthafte Versuch gemacht worden, nach Grundfah und Methode eine Unterscheidung der unverbesserlichen Elemente von den durch Arbeit zur Arbeit Erziehbaren durchzuführen? Solange das nicht mit dem nötigen Ernst und den dazu erforderlichen Mitteln durchgreifend versucht ist, so lange hat kein Staat und kein Richter das moralische Recht, ein endgültiges Verdammungsurteil über den „Verbrecher“ auszusprechen. Solange ein methodischer Strafvollzug noch fehlt und die nicht zu befreienden Verbetterungen unseres Strafvollzugs vorerst noch in den Anfängen sich befinden solange die notwendigen gesundheitlichen Bedingungen in den meisten Strafanstalten nicht einmal gegeben sind, auch die planmäßige Schulung der Aufsichtsbeamten für ihren Dienst an den Gefangenen fehlt, solange nicht die Entwicklung von Geschicklichkeiten und Fähigkeiten der Gefangenen durch produktive Arbeit auf die spätere Freiheit vorbereitende Arbeit und Arbeitsmethoden, die der freien Arbeit angepaßt sind, im Strafvollzug durchgeführt worden sind und solange nicht Uebergangshäuser und Uebergangswerkstätten in solcher Zahl und so umfassend geschaffen sind, daß sie die Straftatlassen mit Arbeitspapieren ausstatten, die ihnen die Rückkehr in das geordnete Leben möglich machen oder erleichtern, solange ist im Kerne die Ausstoßung der Bestraften aus der Gesellschaft durch die beabsichtigte Sicherungsverwahrung ein verwerfliches Unterfangen. Kein Kenner des Strafvollzugs von heute kann bestritten, daß unsere Gefängnisse heute vielfach Schulen des Verbrechens, unsere Zuchthäuser Häuser der Unzucht sind. Laßt also die Verantwortung dafür, daß die Strafe keine erziehbliche Wirkung gehabt hat, wirklich auf den Bestraften und nicht auf Staat und Gesellschaft?

Reich, Länder und Kommunen, Eisenbahn und Postverwaltung, große wirtschaftliche Unternehmungen halten sich für berechtigt, bei Einstellung von Arbeitern und Angestellten — und zwar nicht etwa nur für Vertrauensposten — straf-freie Führungszeugnisse zu verlangen; wer sie nicht beibringen kann, wird unbarmherzig zurückgestoßen. Dagegen

## Briands Weltfriedensrede.

### Erinnerungen und Ermahnungen.

V. Sch. Genf, 10. September. (Eigenbericht.)

Eine Rede Briands ist stets eines vollen Hauses sicher. Jeder weiß im voraus, daß ihm ein Hochgenuß beschieden sein wird. Diese Erwartung ist auch diesmal nicht enttäuscht worden. Fünfzigstündig Stunden lang war der alte Heger am Werke. Wer sich aber von dieser Rede einen positiven Inhalt versprach, der wurde allerdings enttäuscht. Es war eine ausgesprochene Propagandarede für den Völkerverbundgedanken und für den Frieden. Eine Volksoberungsrede: über die Köpfe der vor ihm stehenden, vielfach unruhigen und steppischen Berufsdiplomaten und Politikern hinweg sprach er zum Fenster hinaus an die Massen der ganzen Welt. Seine Worte stießen dahin, abwechselnd familiär, pathetisch, witzig, ernst, ohne logischen Aufbau, aber mit zündender Kraft, fast immer leer, aber immer schön.

Nach einem prägnanten Lob der Rede Stresemanns verfuhr er in längeren Ausführungen die Unzufriedenheit der kleineren und mittleren Staaten über ihre Behandlung der Großmächte zu zerstreuen. Mit bloßem Blick aber lassen sich auf die Dauer der üble Eindruck nicht verwischen und die gefährlichen Folgen nicht bannen, die eine Feststellung dieser Methoden nach sich ziehen muß.

Sein Bekenntnis zur Abrüstung war feierlich, aber seine Rechtfertigung der allzu langsamen Fortschritte der bisherigen Vorarbeiten wenig überzeugend. Mit Nachdruck unterstrich er die Bekenntniserklärung Stresemanns, „des lokalen Vertreters Deutschlands“, über den Beitritt Deutschlands zur fakultativen Schiedsgerichtsbarkeit.

Dann wandte er sich seiner Besprechung des polnischen Vorschlages zu den gestrigen Ausführungen Scialojas zu. Dieser Teil seiner Rede war besonders nützlich. Frag auch seine Antwort an den Wortführer der faschistischen Regierung mehr blendend gewesen sein, als inhaltlich gedacht, sie war jedenfalls außerordentlich wirksam. Sie läßt sich mit folgenden Worten zusammenfassen:

„Sie haben, Herr Scialoja, entdeckt, daß der polnische Entwurf nichts Neues gegenüber dem Völkerverbundstatut ist. Und wenn schon? Wie wollen den Frieden hinausstreuen, unter allen seinen Formen, ob juristischen oder nicht. Und wenn man mir, als französischer Vertreter, zumutet, zehnmal hintereinander ein und daselbe Friedensbekenntnis abzulegen, ich bin dazu bereit. Es kann nur nützlich sein, wenn aus dieser Jahresversammlung ein neuer starker Friedensimpuls ausgeht, ob juristisch oder nicht, gleichgültig, wenn er nur echt ist!“

## Scharfe Antwort an Italien.

Gegen den zynischen Skeptizismus, den die faschistische Reaktion in der ganzen Welt und besonders in Italien gegenüber dem Völkerverbund ausdrückt, holte Briand aus dem tiefsten Innern seines

Wesens und mit der schönsten ehernen Stimme seiner jungen Jahre zündende Worte heraus:

„Wie war es denn vor zwei Jahren, als ich zufällig Katoorfishender war? Zwei Völker hatten bereits Feindseligkeiten begonnen (eine Anspielung auf den griechisch-bulgarischen Konflikt im Herbst 1925. Red. d. V.), der Rat trat bereits nach 48 Stunden zusammen, verhinderte den Ausbruch des Krieges und verkündete einen Schiedsspruch, der beiderseits angenommen wurde.“

Würde diese Tat allein nicht genügen, um die Existenz des Völkerverbunds zu rechtfertigen?

Und als nach den Kriegswirren im Orient Tausende und aber Tausende von menschlichen Ruinen ihr elendes Leben als vertriebene Flüchtlinge auf den Straßen und in den Gebäuden hoffnungslos fristeten, da griff der Völkerverbund ein. Nach einigen Monaten waren Riffionen des Völkerverbunds an Ort und Stelle, war Geld zusammengebracht, wurden Heimstätten gebaut, und die Greise hatten zum ersten Male wieder in den Augen einen Lichtblick der Hoffnung und die Frauen konnten für sich und ihre Kinder in eine menschenwürdige Zukunft schauen. Ich frage noch einmal: Ist denn das gar nichts?“

Als er bei diesen Worten mit der Faust auf den Tisch schlug, brachte ihm die ganze Versammlung, mit Ausnahme der italienischen und einigen wenigen anderen Delegationen, eine stürmische Ovation dar. Deutlich war seine Warnung an Mussolini, als er weiter sagte: „Demjenigen, der einen neuen Krieg wagt, wird die ganze Welt das Leben unmöglich zu machen verstehen, auch wenn er zunächst scheinbar gesiegt hat. Nach dem letzten Krieg wissen wir ja alle, daß der Sieg ein sehr relativer Begriff ist.“

Zum Schluß verkündete er unter stürmischem Beifall die Parole: „Friede durch Schiedsgerichtsbarkeit!“

## Pariser Echo: Bedingtes Lob.

Paris, 10. September. (Eigenbericht.)

Aus den gestrigen Debatten in Genf zieht die hiesige Presse in erster Linie den Schluß, daß die Locarno-Mächte wiederum die Führung der Geschäfte in Genf in die Hand genommen haben und daß die „Palastrevolution“ der kleinen Mächte vorläufig als erledigt gelten kann. Dieser Umschwung sei in erster Linie auf die Rede Briands vor der Presse und dann auf die bemerkenswerte Intervention Stresemanns zurückzuführen.

Was die Rede Stresemanns anbelangt, so wird sie zwar in der Mehrzahl der Blätter als ein außerordentlicher Schritt des Entgegenkommens seitens der deutschen Delegation begrüßt. Natürlich wird besonders in der Rechtspreiße zum Teil in ironischer Form darauf hingewiesen, daß Stresemann sich durch seine Rede zu nicht viel verpflichtet habe. Im „Matin“ kommt Sauerwein zu dem Schluß, daß durch die verüffentlichte Rede des deutschen Außenministers in die Genfer Atmosphäre die Ruhe der ersten Tage zurückgekehrt sei. Stresemann habe, obwohl er in keiner Weise auf die Hoffnungen des Reiches verzichtet habe, eine deutsche Auffassung von der Zukunft des europäischen Völkerverbunds vorgetragen.

ist zu sagen, daß große öffentliche Verwaltungen sich in letzter Reihe der moralischen Verpflichtung entziehen dürfen, in ihren Betrieben es mit Vorbestraften zu versuchen, und zwar nicht erst dann, wenn Unbestrafte nicht mehr zur Verfügung stehen; gerade sie sind es der Allgemeinheit schuldig, dem sonst überall Zurückgestoßenen, dem Schwachen und Geftrauhten zu helfen. Die Vorbestraften, die meist körperlich und geistig minderwertig sind, haben höheren Anspruch auf Arbeit und Hilfe durch die Allgemeinheit als der Unbestrafte, der sich allein oft leichter durchhelfen kann. Vertreter von Reich, Ländern und Gemeinden sind berufen, mit dem gedanklosen Vorurteil und der selbstgerechten Bewußtlosigkeit, die an diesen Tatsachen und ihren Folgen, dem Rückfall ins Verbrechen Schuld tragen, aufzuräumen zu helfen. In diesem Punkte ist fast noch nichts geschehen.

Statt dessen soll ein hartes, grausames Strafgesetz die Läden sozialpolitischer Verschwendung eröffnen! Arme deutsche Justiz, der man solche Aufgaben stellt! Deutsche Richter sollten sich wehren gegen solche unwürdige und in Wahrheit unmoralische Zumutung!

Die Begründung des Strafgesetzentwurfs berechnet optimistisch in einer Anlage die Gesamtzahl der Personen, für die in Zukunft die Unterbringung in Sicherungsverwahrung in Frage kommen kann, im ganzen auf etwa 2000 bis 2500. Die Unterlagen für eine solche Annahme fehlen vollständig. Was die Begründung dazu ausführt, ist oberflächlich und entspricht nicht der Bedeutung der Sache. Wir stellen dieser Zahl die andere entgegen, daß von den im Jahre 1925 nur wegen Eigentumsvergehen Verurteilten 270 335 Personen 99 205 vorbestraft und von den in diesem Zeitraum insgesamt Verurteilten allein 38 273 mehr als viermal vorbestraft waren.

Wenn heute der Gesetzentwurf in Kraft tritt, stehen vor den deutschen Strafrichtern zahlreiche Rückfälle, die alle durch unsere schlechten, weil veralteten Strafanstalten hindurchgegangen sind und an denen erste soziale Hilfe durchgreifend bisher noch nicht versucht wurde.

Die Sicherungsverwahrung wird erst dann ein brauchbares Strafmittel sein, wenn der Strafvollzug im Sinne der oben geforderten Reform neu gestaltet ist und seine durchgreifende Umformung sich in Jahren ausgewirkt hat.

## Strefemann als Pädagoge.

### Zurückhaltende Kritik der reaktionären Presse.

Die deutschnationale Fraktion ist nicht nur in der Reichsregierung mit drei Ministern vertreten. Zum ersten Male gehört auch ein Fraktionsmitglied (Hoeßlich) der Genfer Delegation an. So hat eine Druckbergerei vor der politischen Verantwortung der Deutschnationalen nur noch wenig Erfolg. Die Reichspresse bemüht sich zwar, Strefemanns erste Rede in der laufenden Völkerbundsession zu kritisieren. Aber die Tonart ist matt.

Am größten ist noch das Agrarierorgan. Die „Deutsche Tageszeitung“ faßt ihre „Enttäuschung“ — bei der „Deutschen Zeitung“ heißt es: „Die große Enttäuschung!“ — in die Sätze zusammen:

„Für diesmal ist die Gelegenheit verflüht, den deutschen Forderungen vor der Völkerbundversammlung in wirklich ausreichender Weise Geltung und Resonanz zu sichern. Es ist durch tatsächliche Winkeltzüge eben leider doch gelungen, uns von der naturgegebenen eigenen Linie stark abzudrängen. Irgendein praktischer Versuch, die Weltmeinung zur Unterstützung der deutschen Befreiungspolitik in Anspruch zu nehmen, und dadurch auch einen Druck auf unsere Vorkämpfer auszuüben, ist nicht erfolgt. Der deutsche Außenminister hat im Gegenteil seiner Verbundenheit mit Briand und Chamberlain besonderen Ausdruck verliehen und überhaupt den Eindruck erweckt, als ob zwischen den Vorkämpfern alles zum besten bestellt sei. Damit kommen wir nicht weiter...“

Aber unmittelbar vorher geht das Geständnis, „daß all dies — nämlich, der Gesichtspunkt, jede Isolierung Deutschlands zu vermeiden — nicht unwichtig ist“. Allerdings knüpft das Organ daran die Frage, ob das es war, was das deutsche Volk diesmal in erster Linie erwartete? und meint, diese Frage könne ehrlich nicht bejaht werden. Es unterschlägt seinen Lesern jede Aufklärung über die „faktitative Klausel“. Es darf ihnen erst ganz langsam beigebracht werden, daß die deutsche Republik unter deutschnationaler Regierungsverantwortung wieder ein Stück Erbweisheit des alten Deutschland preisgegeben hat.

Das Blatt der Legitimisten springt zunächst wesentlich sanfter mit dem Außenminister ihrer Koalition um. Die „Kreuzzeitung“ erkennt an — „man wird anerkennen müssen“ — „daß Dr. Strefemann sich nicht ganz ungeschickt aus der Affäre gezogen hat“. Abschließend bemerkt sie hingegen zur gestrigen Genfer Rede,

„daß sie in zahlreichen Punkten dem nicht entspricht, was wir von ihr erwartet haben; sie läßt eine Reihe gerade der wichtigsten Punkte hinsichtlich der deutschen Wünsche und Forderungen unerwähnt und ist da, wo sie die deutschen Interessen wahrnimmt, nicht von der nötigen Schärfe und Klarheit. Dr. Strefemann hat sich, wie es uns scheinen will, wieder einmal die Initiative aus der Hand nehmen lassen.“

„Halb und halb“ überschreibt das Blatt seine Genfer Kritik an Strefemann; unbewußt charakterisiert es damit zugleich seine eigene Stellungnahme. Kengstlich wird verschwiegen, was die Haager Klausel denn eigentlich bedeutet.

Der „Lokal-Anzeiger“ nimmt redaktionell noch nicht Stellung. Sein Berichterstatter nennt, in Fettdruck, den Beitritt Deutschlands zum Obligatorium „eine außerordentlich freundliche Geste“. Er anerkennt, daß „wir Deutsche aus einer sehr fatalen Lage diesmal gerade noch herausgekommen“ sind. Aber zugleich fragt er sich und jeden anderen „verständigen Menschen, ob es überhaupt „als Erfolg anzusehen ist, wenn man sich in bodenlosen Sumpf begibt und das Glück findet, eine Brücke zu erreichen“.

Die „Tägliche Rundschau“ hingegen ist national begeistert. Sie nennt „Deutschland — Vorkämpfer des Weltfriedens“ und verzeichnet in dicken Ueberschriften „Langanhaltender Beifall und Beglückwünschung des Redners“. So schwankt sie diesmal kritiklos in eine Front mit Strefemann. Aber dazu ringt sie sich nur durch, indem sie zugleich uns gehässig angreift wegen unseres Versuches, zwischen dem deutschen und belgischen Volke wegen der Greuelthaten von Dinant eine Brücke der Verständigung zu schlagen.

## Dinant und deutsche Ehre.

### Schimpfereien als Antwort.

Wir haben gestern einen Aufsatz des Brüsseler „Peuple“ wiedergegeben, der an die Adresse Deutschlands gerichtet ist und Angaben enthält, die von belgischen Behörden aufgestellt sind und die das ganze belgische Volk für richtig hält. Da dieser Aufsatz eine schwere Anklage gegen die kaiserlich deutsche Kriegführung darstellt, war ohne weiteres zu erwarten, daß seine Wiedergabe von der schwarzweißen Presse mit einem Gutgehens beantwortet werden würde. Wir sind also nicht im mindesten darüber erstaunt, daß die zurzeit von dem ehemaligen „Morgenpost“-Redakteur Rudolf Cuno geleitete „Tägliche Rundschau“ von einem „Dolchstoß in den Rücken der deutschen Armee“ und von „Hilfsverrätern der Feinde Deutschlands“ redet, Herrn Cuno sind offenbar keine originelleren Wendungen eingefallen. Auch über „nationale Ehre“ mögen wir mit Herrn Cuno nicht streiten, er meint, daß die „nationale Ehre“ besser bei Deuten aufgehoben ist, die Frauen und Kinder erschließen lassen, als bei uns, die wir solche Taten, wenn sie geschehen sind, verurteilen. Da sind die Meinungsverschiedenheiten so groß, daß jede Verständigung ausgeschlossen ist. Wenn aber Herr Cuno in seinem Apollateneifer vom „Vorwärts“ sagt, daß er „am Ende nur ein deutsch geschriebenes und in Deutschland erscheinendes Blatt“ ist, so dürfen wir ihn daran erinnern, daß der „Vorwärts“ nicht

ein von einer kapitalistischen Gesellschaft ausgehendes Blättchen, wie z. B. die „Tägliche Rundschau“, sondern das Zentralorgan der größten Partei Deutschlands ist. Als solches ist er auch in der Welt bekannt, die auf diese Art glücklicherweise erfährt, daß das deutsche Volk doch nicht aus lauter Cunos besteht.

## Vorschüsse zur Besoldungsreform.

### Wegen Verschleppung der Vorlage.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses des Reichstags hat auf die Tagesordnung der Sitzung vom 22. September die Frage der Bewilligung von Vorschüssen für die Beamten auf Grund der Besoldungsreform gesetzt, da die Reform selbst bis zum 1. Oktober kaum durchgeführt werden kann. Die Besoldungsvorlage soll in den ersten Oktobertagen dem Plenum des Reichstags zur ersten Lesung zugehen und danach dem Haushaltsausschuß überwiesen werden. Der Haushaltsausschuß dürfte dann ermächtigt werden, die Besoldungsvorlage endgültig zu verabschieden, weil der Reichstag im Oktober sich nochmals bis Anfang November verlagert. Die ordnungsmäßige Auszahlung wird also erst ab 1. November erfolgen.

### Das Reichskabinett zusammengetreten.

Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten, die sich mit der Beamtenbesoldungsreform sowie mit anderen laufenden Angelegenheiten beschäftigt. An der Kabinettsitzung nehmen Reichsminister Dr. Marx sowie die Minister Dr. Köhler, Dr. Brauns, Dr. Hergt, Dr. Curtius, Dr. Schädel und Dr. Behler teil.

## Gefängnis für politische Ausschreitungen.

### Abschluß eines Landfriedensbruchprozesses.

Essen, 10. September.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Essen wurde heute nach fast dreiwöchiger Verhandlung in einem Landfriedensbruchprozess, in dem mehr als 200 Zeugen vernommen wurden, das Urteil verkündet. Dem Prozeß lag ein Ueberfall von Roten Frontkämpfern auf einen Stahlhelmzug am Abend des 26. September vorigen Jahres in Altensiefen zugrunde, bei dem 30 Stahlhelmer durch Schuß- und Hiebverletzungen verletzt wurden. Das Gericht verurteilte drei Angeklagte zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bzw. einem Jahr und drei Monaten. Fünf Angeklagte wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Die übrigen acht Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von sechs bis acht Monaten. In der Urteilsbegründung wurde der Ueberfall auf den Stahlhelm mit aller Schärfe als heimtückisch, hinterlistig, roh und feige bezeichnet.

## Der Putsch mißlungen.

### Kurze amtliche Erklärung. — Dunkel über Taurögen.

Kowno, 10. September.

Ueber den Umsturzversuch berichtet das Regierungsorgan „Litwa“, daß sich auch einige Mitglieder der Linksparteien daran beteiligt haben. Durch energische Maßnahmen sei der Versuch sofort unterdrückt worden. Eine Untersuchung sei im Gange. Im ganzen Land herrscht Ruhe.

Nach einer weiteren Meldung der „Litwa“ ist bei den Unruhen ein Beteiligter getötet und zwei sind verwundet worden. Nachrichten über die Ereignisse in Taurögen werden streng zensuriert. Der bei dem Umsturzversuch als Führer tätige Referatskapitän Majus sei wegen Spionage vom Militär entlassen worden.

Die „Kattowitzer Zeitung“ ist vollständig geschlossen worden; Redaktion wie Druckerei mußten den Betrieb einstellen. Berlog und Redaktion werden der Spionage zugunsten Deutschlands beschuldigt.

## Slings: „Der dreimal tote Peter.“

### Theater in der Königgräzer Straße.

Mit großer Freundschaft wurde die Komödie des Herrn Slings aufgeführt. Slings läßt den schweren Beruf des Gerichtsberaters mit Herz und Verstand aus. Er ist bemüht, als ein kluger Mensch den Arbeit der Justiz zu beobachten. Indem er den Verbrecher nicht ohne weiteres als einen streng zu bestrafenden Schurken ansieht, kennt er seine Neigung den sozial geklärten Richtern, kritisiert gleichzeitig die Borniertheit der börsartigen Schürzenherren des Gesetzes. Dieser gar nicht bequemen, doch sehr nützlichen Aufgabe entledigt er sich mit angeborener Menschlichkeit und auch mit schriftstellerischen Qualitäten, die seine Justizchroniken zu einem lehrreichen und pointenreichen Lesestoff machen.

Slings Theaterstück ist eine Kriminalkomödie, die Dramatisierung eines berühmten Falles, der um 1700 Frankreich aufregte. Der Galeerenhäftling Peter schenkte sechs Jahre lang seine Ehepflichten. Unterdessen tröstete sich sein braves Eheweib mit Herrn de Caille, der zwar von Geburt ein Edelmann war, doch an Landstreichertugenden dem Bagabunden Peter nicht nachstand. Das Eheweib begräbt den plüßig verreckten Freund als den echten Peter mit echtem Witwengeheul, um den Geruch der Ehrbarkeit nicht zu verlieren. Beim Beichenschaus stellt sich unerwartet Peter ein, der die Leichenfeier an die frische Luft speidert, seine liebe Frau erst abkannzelt und hierauf abdammt, um schließlich zu entdecken, daß er ihr famose Dokumente für einen famosen Schwindel entführen kann. Der eben begrabene de Caille kann nämlich unter Umständen eine Millionenerbschaft an sich bringen. Dann nämlich, wenn es ihm gelingt, keinen Erbprozess gegen seine adlige Sippschaft zu gewinnen. Diesen Schwindel betreibt Peter mit den falschen Papieren gründlich und lustig, und seine besten Spiegelgesellen sind die korruptierten Richter und Advokaten. Vier Millionen und dazu noch die entscheidende Jungfer werden sein. Bis die verlassene Ehehebe wieder auftaucht. Da wird ein neuer Schwindel mit Sarg und Totenwache aufgeführt. Peter, zweimal als Peter und einmal als de Caille, also im ganzen dreimal, totgeköpft, zieht hallunkenhaft heiler aus jenem Palais und aus dem Justizkäfig zur Landstrolche zurück.

Die Diener der Justiz tragen zeitgemäße mächtige Perücken. Slings maskiert sie außerdem noch mit der ergötlichsten Perückenfärberei und entlarvt so zugleich den Zeitgeist und die Justizmaschinerie unserer gesegneten Zeit. Die Pointen sprühen häufig nicht aus dem Stück, das Stück wird manchmal nur um die Pointen herumgeschrieben, doch es gibt wenige unerzählte Theaterstationen. Man beschneidet sich sogar mit vielerlei Backschröten, deren Billigkeit mit der sonst spürbaren Klugheit nicht zusammenpaßt.

Indem der Regisseur Emil Lind die Schauspieler zur heiligen Pöbelnerei anspornt, trübt er die hübschen Ideen Slings. Alfred Abel spielt den mornigen Peter, der eigentlich ein Träumer ist, allzu forsch. Hans Hermann Schausfuß, der Pointenpartner des Herrn Abel, lanciert seine Witze munter, doch zu massig. Es fehlt bei beiden die schöne Dosisierung der Reuenen, die Slings so ökonomisch berechnet. Fräulein Vibrog, die der leidenden Eheheben das Herz des schmachtenden Peter abzutragen

hat, wirkt mit naivem Tone besser als mit der Resolutheit. Sie säufelt erquickend, sticht aber mit der Stimme, wenn sie leidenschaftlich werden soll. Herr v. Meyrind, Frau Richard und Herr Stuhl-Rochauer, erfreuen, weil sie ihre scharf pointierten Rollen ohne Rücksicht auf die größere Theaterwirkung spielen. Max Hochdorf.

## „Klassische“ Tanzkunst.

Selt dem Magdeburger Kongreß ist es in gewissen Tänzerkreisen Mode geworden, das Ballet den „Klassischen Stil“ zu nennen. Reaktionäre Drahtzieher versuchen unter dieser Etikette die abgelebten akrobatisch-rekreativen Künste in das Gebiet erster Tanzkunst wieder einzuschmuggeln. Theoretisch läßt sich sowas zur Not bejeheln — wenn nur die verdammtte Paris nicht wäre. Ein „Ruffischer Ballettabend“, wie ihn die aus Paris kommende Anna Kobonne im Bühnensaal bot, macht alle Jubelpalmen der rückwärtschwendenden Propheten zusehnden. Es muß nichts, wenn diese immer wieder betonen: Das ist der Stil, in dem die Pawlowa schloßt. Eine Schwalbe macht keinen Sommer und die Gipfelleistung einer in ihrer Art großen Persönlichkeit beweist nichts für die Berechtigung einer endgültig verbliebenen Kunstgattung. Beweist nichts für die Berechtigung eines Stils, der technische Virtuosität, die nur eine Existenzberechtigung hat, wenn sie sich erstem Kunstinstanzen unterordnet, als Selbstzweck zur Schau stellt. Der durch schauspielerische Pantomimitänzerisches Gestalten erregten will. Daß man Einzelheiten der Ballettechnik zur Ausgestaltung des neuen abstrakten Tanzstiles verwenden kann, soll nicht bestritten werden. Als reiner Stil ist das Ballett — und damit ist kein Urteil gesprochen — nicht mehr entwicklungsfähig. Nicht ein einziges neues tänzerisches Motiv erschien an dem Abend im Bühnensaal. Der Kreis der Möglichkeiten ist geschlossen. Es lassen sich nur Wiederholungen der gleichen, tausendfach abgedroschenen Effekte produzieren. Und der Charakter dieser Produktion widerstrebt dem Geist unserer Zeit. Selbst wenn er in so vollendeter Form erscheint, wie bei der Pawlowa, läßt er uns kalt. Sobald das Schauspiel zu Ende ist, schwingt nichts in unserer Seele nach. Unertüchlich aber wirkt der Stil, wenn er von Mittelmäßigkeiten getragen wird. Von einem „Star“, dessen Akrobatik über das bescheidenste Niveau nicht wesentlich hinausreicht. Der sich gestattet, Motive aus Hofins „Sterbendem Schwan“, dem Brauurstück der Pawlowa, abnungslos zu einer kläglichen „Reuschspinnung“ zusammenzuflicken. Von einer Witwenkinder, Ludmilla Cholera, deren Tänze nicht viel mehr als ein stiller Taster sind. Von einer männlichen Gummi-Puppe, Anatol Witschak, die als Tänzer überhaupt nicht dislatabel ist und nur dazu zu dienen scheint, als eine Art Propeller den Virtuosen der Prima Ballerina den nötigen Anfangsschwung zu geben.

Ich kann immer nur wiederholen: solche Künste gehören aufs Variétépodium. Die Tanzbühne soll sich ihnen verschließen. Die Grenze kann gar nicht streng genug gezogen werden. Gerade in unserer Zeit, wo in der Kunst der forterregenden Bewegung etwas Neues im Werden ist, und es darauf ankommt, Vermirung zu vermeiden und das werdende von allen schädigenden Fremdkörpern reinzuhalten. John Schilowski.

Das Todesal als Ausflugsort. Das „Todesal“ in Kalifornien, das vielfach als der heftigste Fleck der Erde bezeichnet wird, galt bisher als eine verächtliche „Hölle“, in der niemand leben konnte. Aber wenn es sich um eine Sensation handelt, scheut der Amerikaner vor nichts zurück, und so will man jetzt dieses phantastische Wüstengebiet mehr und mehr erschließen, um es zu einem Ausflugsort für Touristen zu machen. Ein Kussch im New Yorker „Engineering and Mining Journal“ schildert die Wunder, die hier des Ausflüglers harren, mit berebten Worten: „Trotz seiner großen Trockenheit ist dieses Gebiet ein grandioses Naturschauspiel mit mächtigen Bergen, tiefen Tälern und interessanten Wüstengebietern. Für den Geologen bietet sich hier Studienmaterial von einzigartiger Anschaulichkeit. Der Student der Botanik und Biologie kann die Leber- und Pflanzenwelt der Wüstengegend kennen lernen. Der Künstler erblickt hier Szenarien von einer Mannigfaltigkeit und Farbenpracht, die die originellsten Motive bieten. Der gewöhnliche Reisende sieht sich von einer Wunderwelt umgeben, von der er später zu Hause die seltsamsten Dinge berichten kann. Die Natur hat hier das Höchste geleistet, was sie bei großer Hitze und wenig Wasser hervorbringen kann.“ Zunächst werden von der Reueit dieses Ausflugs nur einige Planiere angezogen. Aber es wird sicher nicht lange dauern, bis sich elegante Hotels in dieser Gegend erheben und sie zu einem neuen Reiseziel für den modernen Amerikaner machen.

Deutschlands erste Talsperre aus Gubbeton. Die große Agger-talsperre im Gebiet von Dümmlinghausen, die 22 Millionen Kubikmeter fassen soll, erhält als erste in Deutschland eine Sperrmauer aus Gubbeton. Die Sperrmauer hat eine Länge von 42 Metern, etwa 150 Mann sind zurzeit mit den Einrichtungsarbeiten beschäftigt, die noch bis Ende September dauern. Das Transformatorhaus mit zwei Motoren zu 700 und 600 PS ist bereits fertig. Die Provinzialstraße Derfslag-Weimersbagen ist im Zuge Bede-Lautenbach verlegt worden. Gleichfalls hat die Agger bereits ein neues Bett bekommen.

Munch in der Berliner Nationalgalerie. Edoard Munch hat der Berliner Nationalgalerie ein Hauptwerk seiner letzten Jahre, das Bild zweier Arbeiter im Schnee, zum Geschenk gemacht. Man darf annehmen, daß diese dankenswerte Götting, die endlich die Kunst Munchs auch in dem Berliner Kronprinzenpalais dauernd zu zeigen ermöglicht, vom Künstler als Dank für die große Munch-Schau der Galerie im letzten Frühjahr gedacht ist, die dann von Berlin auch in die Heimat des Meisters nach Oslo übergesiedelt ist und dort einen beispiellosen Erfolg gehabt hat. Um nun auch in Oslo dauernd die Kunst Munchs in ihrer ganzen Entwicklung im Museum zu zeigen, will der norwegische Staat eine Reihe wichtiger Bilder von ihm für die dortigen Sammlungen erwerben.

Volksbühne E. B. Alle Mitglieder der Volksbühne E. B. erhalten in der neuen Spielzeit 2 Obermorkstellungen im Hause am Platz der Republik. Lediglich die Sonderabstellungen, die neben Aufführungen im Theater am Bülowplatz, Theater am Schiffbauerdamm und Thaliatheater noch 5 Vorstellungen der Volkstheaterbühne bekommen, bleiben ohne Obermorkstellungen. Anmeldungen können nach zu allen Abteilungen angenommen werden. Schriftliche Anmeldungen unter Beifügung der Einheitsgebühr von 1,50 Mk. sind an die Hauptgeschäftsstelle des Vereins Volksbühne, Lindenstraße 27, zu richten.

## Kilian fliegt.

Kommunistenspaltung in Halle.

Halle, 10. September. (Eigenbericht.)

Auch in Halle, ihrer mitteldeutschen Hochburg, befindet sich die KPD. in voller Zerlegung. Der Landtagsabgeordnete und Stadtrat Kilian, ehemals „der König von Halle“ genannt, ist schon vor einiger Zeit aus dem Roten Frontkämpferbund ausgeschlossen worden; sein Hinmüßigen aus der kommunistischen Parteiorganisation steht unmittelbar bevor. Das hallenser Kommunistenblatt gibt die Gründe an: Kilian steht mit der aus der KPD. ausgeschlossenen Urbahn-Ruth-Fischer-Gruppe in enger Verbindung und hat bereits eine eigene Organisation im Werfener Bezirk aufgemacht. Diese nennt sich „Sportklub Merkur“ und hat als erste Tat die Beitragsperre gegen die KPD. beschlossen.

Am 11. September findet in Halle eine sogenannte Stadtdelegiertenkonferenz der kommunistischen Partei statt, die Kilian und seine Freunde aus der KPD. hinauswerfen soll. Von selber gehen sie nämlich nicht, da sie, wie das kommunistische Organ behauptet, direkt von der Urbahn-Ruth-Fischer-Gruppe und indirekt von der Trozki-Sinowjew-Opposition beauftragt sind, solange wie möglich in der KPD. zu bleiben und dort unter der Parole „Parteidemokratie“ für die Wiederaufnahme der Urbahn-Ruth-Fischer-Gruppe einzutreten.

Natürlich sind die wüsten gegenseitigen Beschimpfungen, die bei keiner KPD-Spaltung fehlen, in vollem Gange. Kilian, der einst bei der Spaltung der USR. seinen Uebertritt zu den Kommunisten und die Annahme der Rostauer Bedingungen mit den Worten molibrierte „Ich bin Sozialist, Marxist“, muß sich jetzt von der kommunistischen Bezirksleitung öffentlich attestieren lassen, daß ihm „jede marxistische Schulung abgeht“. Er gehört nach dieser Erklärung „zu den Leuten ohne jede theoretische Grundlauge, welche sich von der Massenführung treiben lassen oder politische Rückständigkeit der Massen zu hinterhältigen egoistischen Zwecken mißbrauchen“. Es ist immerhin ein schönes Selbstzeugnis, einen so beurteilten Mann zum Landtagsabgeordneten und Stadtrat gemacht zu haben.

Weiter wird Kilian gesagt, daß ihn jetzt „Barrakaden“ von der KPD. trennen und daß er „im Lager der Klassenfeinde“ steht. Schonungsloser Kampf wird ihm und seinen Anhängern angekündigt. Zu diesem Zweck sind bereits die sogenannten „Betriebszellen“ mobilisiert und zu entsprechenden Einschließungen veranlaßt worden. Die Leuna-Zelle z. B. bezeichnet Kilian und seine Leute als „Spießerhafte Schwäger, Eigenbrötler, Disziplinbrecher“, die Betriebszelle Anilin-Wolfsen als „Konterrevolutionär“, die Zelle des Kupfer- und Messingwerkes in Heitstätt als „Renegaten“, der sein „gestohlenes Mandat“ herausgeben soll. Mit dieser Aufforderung dürfte man ebensowenig Glück haben wie bei den anderen Ausschließungen. Natürlich ist für das hallische Kommunistenblatt Kilians neue Organisation nur ein „Regelklub“, wobei aber nicht ganz verständlich ist, daß diesem „Regelklub“ immerhin zwei volle Seiten voller Wut- und Anglistgeheul gewidmet werden.

Mit Kilian scheidet das achte Mitglied aus der kommunistischen Preußenfraktion aus.

## Die kostspielige Reichsfahne.

Ein Zbühl aus Oldenburg.

In dem Städtchen Eisleich in Oldenburg gibt es ein Amtsgericht, das einen schönen Fahnenmast besitzt. Dieses Amtsgericht konnte am Verfassungstage des vorigen Jahres nicht fliegen, und zwar angeblich deshalb, weil die Stange schadhaft und die Schnur zerfallen war, das hinausstecken der Fahne aus den Fenstern aber deshalb nicht möglich sein soll, weil elektrische Leitungsdrähte so dicht am Hause vorbeiführen, daß die Gefahr des Kurzschlusses durch das wehende Flaggenstück bestand. Ein Jahr verging, auch diesmal sollten am Verfassungstag die Reichsfarben ans Eisleicher Gericht. Auch diesmal wendet sich die Republikanische Beschwerdestelle an das oldenburgische Staatsministerium, um gegen die Unterlassung zu protestieren. Die Antwort, die jetzt kam, ist interessant. Das Amtsgericht von Eisleich habe nur in den Landesfarben Oldenburgs fliegen können, weil das oldenburgische Staatsministerium nicht genug Geld für die Beschaffung einer Reichsflagge hatte. Man sieht, es fehlt nicht an Ausflüchten.

Dabei versteht es die Oldenburger Bureaucratie offenbar ausgezeichnet, Geld zu „machen“. Denn — und das grenzt ans Unglaubliche — die Republikanische Beschwerdestelle erhielt von der Amtskasse Oldenburg eine Rechnung über 15,10 Mark an Ministerialspesen für drei Beschwerden wegen der Nichtbeflaggung des Amtsgerichts in Eisleich. Der Staatsbürger, der wegen eines öffentlichen Mißstandes Beschwerde erhebt, soll also dafür noch Abgaben zahlen. So geschehen in Oldenburg im Jahre 1927. Nun sage man noch, daß das Recht des Staatsbürgers, Steuern zu zahlen und das Maul zu halten, nicht auch in der oldenburgischen Republik gewahrt seien.

## Frankreich verliert einen Prozeß.

Knappe Entscheidung zugunsten der Türkei in der „Lotus“-Sache.

Haag, 10. September.

Der französische Passagierdampfer „Lotus“ rammte im August im Bosporus ein türkisches Schiff. Die Türken verhafteten den verantwortlichen Wachoffizier. Er wurde zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Frankreich griff zugunsten seines Staatsangehörigen ein, bestritt, daß die Türkei das Recht habe, in den Gewässern, in denen der Zusammenstoß stattfand, Ausländer zu verhaften und sie vor ein Gericht zu ziehen. Nach längeren Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen wurde der Franzose gegen eine Kaution vorläufig aus der Haft entlassen. Man schloß ein Schiedsabkommen ab, in dem die Entscheidung über die schrittweise Rechtsfrage dem ständigen internationalen Gerichtshof überwiesen wurde. Der hat nun das Urteil gefällt. Es geht dahin, daß die Türkei nicht gegen die Grundsätze des internationalen Rechts verstoßen hat. Frankreich hat den Prozeß verloren.

Der Gerichtshof war in seiner Auffassung in zwei genau gleiche Hälften gespalten. Fünf Richter waren für, fünf (Loder-Holland, Weiß-Frankreich, Lord Finlay-England, Moore-Amerika, Neuholm-Dänemark und Alamiara-Spanien) gegen die türkische Auffassung. So gab die Stimme des Schweizer Gerichtspräsidenten (Huber) zugunsten der Türkei den Ausschlag. Es ist das erstmal, daß der Gerichtshof herab in zwei Lager geteilt war. Die Richter, die unterliegen sind, werden ihre abweichende Minderheitsauffassung in dem Urteil veröffentlichen.

Die Neuwahlen zum hessischen Landtag sind auf die zweite Hälfte des Monats November festgesetzt worden. Der heutige Landtag wird vor der offiziellen Schließung im Oktober noch zu einer kurzen Sitzung zusammentreten.

# Kleintarif für alle Autodroschken.

Freiwilliger Beschluß der Droschkenbesitzer.

In einer großen Versammlung in den Germania-Sälen, an der nahezu 2000 Droschkenbesitzer teilnahmen, wurde erneut zu den Tariffragen Stellung genommen. Nachdem in der Versammlung festgestellt worden war, daß die wochenlangen Verhandlungen mit den Behörden bisher ergebnislos verlaufen sind, und daß vor allen Dingen vom Polizeipräsidium die Einsetzung einer vorgeschlagenen Tarifkommission, die aus Vertretern der Polizei, des Städtischen Verkehrsamts, des Gewerbes und der Handelskammer gebildet werden sollte, abgelehnt worden ist, wurde von der Versammlung folgender Beschluß gefaßt:

„Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen liegt es den Behörden ob, die Tarife im Droschkengewerbe so zu regeln, daß dem Gewerbe die Existenzmöglichkeit gesichert bleibt. Da die Behörden diese Regelung scheinbar absichtlich verschleppen, sieht sich das Gewerbe genötigt, diese Regelung nunmehr selbst vorzunehmen, indem es den aufgezwungenen Konkurrenzkampf auf der ganzen Linie aufnimmt. Die Verantwortung für die Auswirkung dieses Konkurrenzkampfes fällt auf die Behörden, die restlos versagt haben.“

Im Sinne dieser Resolution wurde von der Versammlung beschlossen, sofort sämtliche Wagen auf den Kleintarif umzustellen. Da es sich hierbei um 7000 bis 8000 Wagen handelt und die Umänderung der Takometerrollen dieser Wagen mindestens vier Monate in Anspruch nehmen würde, werden alle die Wagen, die eine Umänderung noch nicht vorgenommen haben, nach Tabelle fahren.

Zu dieser Mitteilung ist folgendes zu bemerken: Soweit und bekannt ist, hat das Berliner Polizeipräsidium die Verhandlungen über eine Neuregelung der Tarifenfrage nicht hinausgeschleppt, sondern die Angelegenheit dem preussischen

Innenministerium zur weiteren Erledigung unterbreitet. Wenn die Berliner Droschkenführerunternehmer behaupten, daß ihnen durch die Behörden der Konkurrenzkampf aufgezwungen worden ist, muß man sie daran erinnern, daß der Konkurrenzkampf von ihnen heraufbeschworen worden ist. Sie selbst waren es, die durch eine zweimalige Tageneränderung das Chaos im Berliner Droschkengewerbe mit herbeigeführt haben. Gewiß hat auch das fahrende Publikum ein Interesse daran, möglichst billig befördert zu werden. Es hat aber auch ein Interesse daran, daß dies nicht auf Kosten der Droschkenchauffeure geschieht. Die Verarmung der Droschkenbesitzer hat den Beschluß, sämtliche Wagen zum Kleintarif fahren zu lassen, gefaßt, ohne sich mit der zuständigen Interessentenvertretung der Droschkenführer, dem Deutschen Verkehrsband, in Verbindung zu setzen. Dieser Beschluß bedeutet praktisch, daß die Kraftdroschkenchauffeure, deren Verdienste sich zum größten Teil prozentual nach der Bruttoeinnahme richten, eine nicht unerhebliche Schmälerung ihrer Verdienste über sich ergehen lassen müßten. Es muß auch weiter berücksichtigt werden, daß man schematisch nicht einfach im Betrieb befindliche Wagen auf den Kleintarif umstellen kann, da die Betriebskosten bei schwereren Wagen bedeutend höher sind als bei den Kleindroschken. Dieser Beschluß würde, wenn er restlos durchgeführt wird, eine Vergrößerung der Verkehrsunsicherheit nach sich ziehen. Die großen Wagen würden dann in einem noch schlimmeren Zustande laufen, als es jetzt schon vielfach der Fall ist. Jedenfalls wird sich der Verkehrsband mit dieser einseitig festgesetzten Maßnahme der Innung nicht einverstanden erklären, sondern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln veranlassen, daß die Tarifenfrage in Berlin so geregelt wird, wie es nicht nur im Interesse der Droschkenbesitzer, sondern auch im Interesse des Publikums und der Fahrer liegt.

## Eröffnung des Abendgymnasiums.

Eine neuartige Bildungsstätte.

Das Berliner Abendgymnasium, das erwachsenen und älteren Personen noch die Möglichkeit bietet, weil neben ihrer Berufs- und Erwerbsarbeit eine höhere Schulbildung zu erwerben, hat mit seiner Arbeit begonnen. Am Freitag fand im Schulhause Ziegelstraße 12 eine Eröffnungsfestfeier statt, an der mit der Schülerversammlung und der Lehrerschaft viele Vertreter von Behörden der Stadt und ihrer Bezirke, des Staates und des Reiches und Mitglieder der der Anstalt stützenden Verbände teilnahmen.

Im Namen des Direktoriums und des „Bereins zur Förderung des Berliner Abendgymnasiums“, der die Errichtung der Anstalt durch Beschaffung der Mittel ermöglicht hat, begrüßte Stadtschulrat Rhdahl die Versammelten. Er wies darauf hin, daß wir es hier mit pädagogischem Neuland zu tun haben, mit einem in Deutschland ersten Versuch dieser Art, der durch Americas Beispiel angeregt worden ist. Professor Dr. Silbermann, der für den Gedanken des Abendgymnasiums geworben hat und nun die Leitung der Anstalt übernimmt, sprach über Ziel und Organisation dieser neuen Bildungsstätte. (Ausführliche Mitteilungen darüber sind bereits vor einiger Zeit im „Vorwärts“ gemacht worden.) Wir brauchen, sagte er, Abendgymnasien und auch Abenduniversitäten, die den schon im Erwerbsleben tätigen Männern und Frauen als Bildungsstätte dienen können. Das Berliner Abendgymnasium wird den Besuchern durch Abendunterricht in fünf Jahrestufen eine Allgemeinbildung geben, die den Uebergang zur Universität gestattet. Das Abendgymnasium nimmt aber nicht jeden auf, sondern trifft nach der Befähigung eine sorgfältige Auswahl. Für die Berliner Anstalt hatten sich über 3000 Personen zur Aufnahme gemeldet, über 2000 haben sich der Aufnahmeprüfung unterzogen. Aufnahmen konnte man zunächst nur 124, die in drei Klassen zusammengefaßt wurden. Beteiligt sind fast alle Altersklassen. Der jüngste Schüler steht im 18. Lebensjahr, der älteste hat bereits das 51. Lebensjahr hinter sich. Dem Beispiel Berlins will demnächst Köln mit Errichtung eines Abendgymnasiums folgen, und das gleiche planen Essen, Düsseldorf, Mainz. New York hat bereits 17 Abendgymnasien, die von 35 000 Männern und Frauen besucht werden.

Für die Stadt Berlin, die durch Hergabe der Schulräume und einer Geldbeihilfe das Abendgymnasium unterstützt, nahm Oberbürgermeister Böß das Wort. Er begrüßte die neue Bildungsstätte als ein Mittel zur Förderung der Wirtschaft in Berlin und darüber hinaus in Deutschland. Die Stadt wird die Entwicklung dieser von den Kreisen der Wirtschaft geschaffenen Anstalt mit Aufmerksamkeit beobachten.

Danach erklärte Stadtschulrat Rhdahl dem Berliner Abendgymnasium für eröffnet.

## Hindenburgs Geburtstag und die Schulen.

Eine Eigenmächtigkeit des Provinzialschulkollegiums.

In der Stadtverordnetenversammlung richtet die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat folgende Anfrage:

„Nach einer den Schulen zugegangenen Verfügung beabsichtigt das Provinzialschulkollegium eine Kasseakademie von Kindern zu Hindenburgs 80. Geburtstag. Was ist der Schulerwaltung darüber bekannt, und wie stellt sie sich zu dieser geplanten Massenansammlung von Schulkindern?“

Hierauf antwortete der Oberbürgermeister in einer den Stadtverordneten vorgelegten Mitteilung:

„Das Provinzialschulkollegium hat durch Erlass vom 24. Juni 1927 sich unmittelbar an sämtliche Schulen wegen der Teilnahme an der beabsichtigten Huldigung für den Reichspräsidenten Hindenburg gewendet. Der Magistrat ist in keiner Weise vorher befragt oder zur Mitwirkung aufgefordert worden. Es liegt daher auch für den Magistrat keine Veranlassung vor, sich an der Vorbereitung und Ausföhrung der Feier im Stadion, die dem Provinzialschulkollegium überlassen bleiben muß, zu beteiligen.“

Das Verhalten des Magistrats gegenüber der Eigenmächtigkeit des Provinzialschulkollegiums ist durchaus berechtigt. Für die Deutschnationalen wird sich hier wieder ein Anlaß bieten, gegen den Magistrat ein wütendes Geschrei zu erheben. Laßt sie hören!

## Verbrechen oder ... ?

Mit der Aufklärung eines seltsamen Todesfalles ist die Kriminalpolizei beschäftigt. Ein Kaufmann B. aus Charlottenburg, Königs- weg 20, erwartete gestern abend in dem aus Berlin kommenden D-Zug 38, der um 20.43 Uhr auf dem Schleifischen Bahnhof eintraf, seine Frau vergeblich. Beim Abgehen des Zuges durch Bahnbeamte wurden in einem Abteil Gepäckstücke und ein Damenmantel gefunden, die der Mann als das Eigentum seiner Frau erkannte. Beim Revidieren der Geleise wurde zwischen den Stationen Hangelberg und Fürstenwalde um 23.19 Uhr eine Frau in schwer verletztem Zustande aufgefunden. Einige Meter entfernt lag eine Handtasche, die eine größere Summe Geldes enthielt. Die Schwerverletzte wurde

in das Fürstenwalder Krankenhaus übergeführt, wo an Hand der vorgefundenen Papiere festgestellt wurde, daß es sich um die vermißte Frau B. aus Charlottenburg handelte. Ihre Verletzungen waren so schwerer Natur, daß sie noch im Laufe der Nacht, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb. Ob ein Unfall vorliegt, oder ob Frau B. in einem Anfall von Selbstmord aus dem fahrenden Zuge gestürzt ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Ein Verbrechen soll, wie von dem Bahnhofsbeamten in Fürstenwalde mitgeteilt wird, nach dem Befund kaum in Frage kommen.

## „Old Glory“ angeblich gesichtet.

Erregung über die kostspieligen Suchexpeditionen.

London, 10. September.

Aus Halifax (Nova Scotia) wird gemeldet, daß der örtliche Agent für das Marinefisherieamt gestern abend eine Mitteilung erhalten habe, in der es heißt, daß das Flugzeug „Old Glory“ ungefähr 400 Meilen ostnordöstlich von St. Johns gesichtet worden sei. Der Ursprung der Mitteilung wird nicht angegeben.

Das bevorstehende Verbot der amerikanischen Regierung gegen die Veranstaltung weiterer Ozeanflüge ist nicht nur auf die Sorge um das Leben derer zurückzuführen, die sich tollkühn und magdhalig den größten Gefahren aussetzen, sondern auch auf die ungeheuren Kosten, mit denen die sogenannten „Suchexpeditionen“ verbunden sind. Denn die Kosten dieser Expeditionen, die der Staatkasse zur Last fallen, rufen in Amerika einen stets stärker werdenden Unwillen hervor. So hatte die amerikanische Marine 250 000 Dollar aufwenden müssen, um die verhassten Honofulflieger tagelang ergebnislos zu suchen (während der von dem reklamierigen Almonadefabrikanten Dole für den gelungenen Flug ausgelegte Preis nur 35 000 Dollar betrug), und diese Ausgaben wiederholen sich bei jedem Ozeanfluge, bei welchem der Flieger überfällig wird. Nicht mit Unrecht fragen sich daher viele Kreise in Amerika, ob der Staat zu solchen Ausgaben auch dann immer gleich bereit sein werde, wenn es sich nicht um das Leben rekordflüchtiger Sportleute handelt, sondern wenn es die Note zu lindern gälte, die unter den ärmeren Klassen in den großen Städten der Vereinigten Staaten herrscht und die sich mit jedem Tage weiter ausdehnt.

## Der Wahnsinnige mit der Lunte.

Krakau einer furchtbaren Gefahr entronnen.

Warschau, 10. September.

In der gestrigen Nacht war die Stadt Krakau von einer schweren Gefahr bedroht. Auf dem Krakauer Fort Grembalow schloß sich ein offenbar geistesgestörter Feuerwerker, der zufällig allein im Fort war, ein und drohte, sofern seine Forderungen nicht erfüllt würden, die Festung in die Luft zu sprengen. Den Schlüssel wollte er nur dem Staatspräsidenten oder Marschall Bilsudski ausliefern. Nur mit größter Mühe gelang es, den Wahnsinnigen, der mit einer brennenden Lunte im Fort herum lief, abzuhalten, die Pulvervorräte zu entzünden. Nach zwölfstündigen Unterhandlungen konnte man ihn durch Vorlegen eines fertigen Telegramms, worin man auf seine Forderungen einging, bewegen, das Tor zu öffnen, er wurde dann unschädlich gemacht.

## Schwerer Unfall durch Fahrlässigkeit.

Gestern nacht gegen 1 Uhr ereignete sich auf der Stadtbahn zwischen den Stationen Lehler Bahnhof und Tiergarten ein schwerer Unfall, der durch die Beichtfertigkeit eines Fahrgastes verursacht wurde. Eine größere Arbeiterkolonne der Firma D., die auf der Stadtbahn mit Elektrifizierungsarbeiten beschäftigt ist, trat auf die Signale beim Herannahen eines Stadtbahnzuges zur Seite. Durch eine offenstehende Abteiltür eines Wagens 3. Klasse wurden drei Arbeiter zu Boden geschleudert und erheblich verletzt. Die Verunglückten erhielten an Ort und Stelle die erste Hilfe. Zum Glück stellten sich die Verletzten als nicht sehr schwer heraus, so daß sie nach Anlegung von Rotverbänden in ihre Wohnung gebracht werden konnten.

Todessturz vom Baugerüst. Auf einem Neubau in der Winterfeldstr. 28/30 ereignete sich gestern ein tödlicher Bauunfall. Der in der Höhe des fünften Stockwerkes beschäftigte Maurer G. Lehmann aus der Steinmehlstroße zu Neukölln verlor plötzlich den Halt und stürzte vom Gerüst kopfüber in die Tiefe. Der Verunglückte wurde in bewußtlosen Zustande in das Elisabeth-Krankenhaus übergeführt, wo er kurz nach der Einlieferung an den Folgen schwerer innerer Verletzungen starb.

Ein gefährlicher „Kinderfreund“ ist in Karlshorst aufgetreten. In der vergangenen Woche lodte er auf der Straße ein siebenjähriges Mädchen an sich und verging sich an ihm auf einem Hausflur so schwer, daß es jetzt nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Wüstling, den die Kleins leider nicht beschreiben kann, ist noch nicht ermittelt. Er soll etwa 30 Jahre alt sein.

